

## **Staatsbürgerkunde – Glossar:**

Die Staatsbürgerkunde war ein Schulfach in der DDR, das in Erinnerungen häufig als Symbol des Erziehungsstaates (und der DDR allgemein) wahrgenommen wird.<sup>1</sup> Dies, obwohl es sich bei der Staatsbürgerkunde als Schulfach nur um ein Nebenfach handelte, welches erst ab der Oberstufe (8. dann 9. Klasse, ab 1968 bereits ab der 7.) mit einer Wochenstunde pro Jahr gelehrt wurde.<sup>2</sup>

### **Unterrichtsinhalt:**

Das Fach sollte Schüler zu kritischen und überzeugten Anhängern des Marxismus-Leninismus erziehen. Diese Kombination aus erzieherischen Ziel und Herrschaftslegitimation stellte ein Grundsatzproblem der Staatsbürgerkunde dar. So wurde kritische Methodik gelehrt, welche jedoch nur gegen den politischen Gegner gerichtet werden durfte, da sie sonst als Selbsthinterfragung dem Zweck der Machtbestätigung zuwidergelaufen wäre. Aufgrund dieser konträren Zielsetzung, welche in der Staatsbürgerkunde nie gelöst wurde (und laut Grammes et. al. im Marxismus-Leninismus auch nie gelöst werden kann), wird das Fach in der Rückbetrachtung häufig als unmögliches Studienfach klassifiziert.<sup>3</sup>

### **Einfluss:**

Es gibt zwei zentrale Deutungen des Einflusses der Staatsbürgerkunde. Die erste sieht das Fach als „zentrale[s] Instrument der Indoktrination“ an, da den Schülern sozialistische Werte und Überzeugungen vermittelt wurden, ohne ihnen die Möglichkeit einzuräumen, diese sinnvoll zu hinterfragen. Die zweite Deutung sieht hingegen die Staatsbürgerkunde als Lehre der „Zweisprachigkeit“, durch welche die Schüler befähigt wurden, öffentlich einer Ideologie Lippenbekenntnisse zu leisten, während sie selbst einer anderen anhängen. Beide Deutungen gehen von Extremfällen aus, nur jeweils am anderen Ende des Spektrums, weswegen die größere Zahl derjenigen, die positiv überzeugt, aber nicht indoktriniert wurden, ignoriert wird. Die echte Staatsbürgerkunde lag zwischen den beiden Theorien<sup>4</sup>, wobei der tatsächliche Unterricht und die Durchsetzung von Diskussionen mitunter vom jeweiligen Lehrer abhing. Somit sollten die Sozialisierungsfunktion, die der Unterricht darstellte, nicht unterschätzt werden, auch wenn das intendierte Studienziel nicht erreicht werden konnte.<sup>5</sup>

### **Didaktik:**

Bis zu den 1970ern wurde der Unterricht zu großen Teilen vorgeplant, da davon ausgegangen wurde, dass freier Unterricht die Umsetzung von Unterrichtszielen der Spontanität überlassen und deswegen zu schlechterem Wissensgewinn führen würde.<sup>6</sup> Diese Ansicht wurde unterstützt durch das Vorgängerrfach Gegenwartskunde, das, aufgrund unklarer Zielsetzung und hoher Lehrerbelastung, häufig zu Zeitungsllesestunden oder „wertlosen“ Diskussionen verkam.<sup>7</sup> Diese Schematisierung wurde 1970 erkannt und man versuchte, sie halbwegs zu korrigieren. So wurde,

---

1 So in der Rede von der Schauspielerin Steffi Spira Brecht vor rund 500.000 Demonstranten, bei der der Applaus bereits nach dem Wunsch der Abschaffung der Staatsbürgerkunde einsetzte, vor dem Ende der Rede. Vgl. Jehle und Grammes et. al., S. 29.

2 Vgl. Grammes et. al., S. 59, 67.

3 Vgl. ebd., S. 473f. Und 477-479 und Jehle.

4 Vgl. Grammes et. al., S. 471f.

5 Vgl. Jehle.

6 Vgl. Grammes et. al., S. 482f.

7 Vgl. ebd., S. 55-59.

bis auf die Darstellung und Deutung der BRD, der Unterrichtsstoff weniger strikt vorgegeben und Stundenplanungen wurden als nicht-verpflichtende Unterrichtshilfen herausgegeben. Jedoch blieb die Rechtfertigungspflicht für die Verwendung anderer Unterrichtsmethoden beim Lehrer, weswegen die Unterrichtshilfen praktisch gesetzlichen Stellenwert erreichten.<sup>8</sup> Dies wurde in den 1980ern weiter reduziert mit dem Ziel „Spontanität“ zu gewährleisten, dennoch fürchteten sich viele der Lehrer Verantwortung für einen kreativen Unterricht zu übernehmen, weswegen dieser häufig zur Dogmatik verkam.<sup>9</sup> Der meiste Unterricht fiel deswegen in die Katechetik (parolenhafter Unterricht mit den Schülern als Lückenfüller) oder die materialistische Dialektik, bei der andere Meinungen ermutigt werden, um dann „objektiv“ wegrationalisiert zu werden.<sup>10</sup> Im Allgemeinen tendierte der Unterricht jedoch mehr zur Katechetik, unter anderem, da in vielen Materialien bereits grundlegende Schlussfolgerungen vorgegeben waren und tiefgreifende Diskussionen aufgrund der ideologischen Vorgaben nicht möglich waren.<sup>11</sup>

### **Geschichte:**

Die Staatsbürgerkunde entwickelte sich aus der Gegenwartskunde, welche 1945 auf Befehl der sowjetischen Militärverwaltung eingeführt und bis 1946 statt Geschichte unterrichtet wurde.<sup>12</sup> Ziel der Gegenwartskunde war es, junge Leute „zum sozialen Verantwortungsbewusstsein“ und als Vertreter der „kämpferischen Demokratie“<sup>13</sup> zu erziehen. Dazu beschäftigte sich die Gegenwartskunde mit der jüngeren Geschichte (beispielsweise durchs Zeitunglesen) und aktuellen gesellschaftlichen und politischen Problemen, wie den Nürnberger Prozessen. Ziel war es Kontakt zur Jugend herzustellen und Möglichkeiten der gemeinsamen Aussprache zu finden, um „faschistische Irrlehren“ zu bekämpfen und die ideologische Überzeugung der jungen DDR-Bürger im gewünschten Sinne zu festigen. Nach der Einführung der Geschichte blieb die Gegenwartskunde ein wichtiger Teil des Faches und wurde als eigenes Unterrichtsfach im Jahr 1950 eingeführt.<sup>14</sup> Auch wenn es keine festen Lehrpläne gab, Unterrichtsthemen wurden meist in der Zeitschrift „die neue schule“ veröffentlicht, konnte bereits an der Themenauswahl eine Einbeziehung des kalten Krieges erkannt werden.<sup>15</sup> Ab 1957 wurde mit dem zehnjährigen Schulsystem die Staatsbürgerkunde als eigenes Fach eingeführt, dessen Ausrichtung jedoch weitestgehend umstritten war. Ein einheitlicher Lehrplan wurde erst 1958 vorgeschlagen, der bereits nach 10 Tagen aufgrund von inhaltlichen und didaktischen Fehlern zurückgezogen wurde.<sup>16</sup> Nach einigen weiteren Versuchen wird für das Schuljahr 1958/59 schließlich ein Lehrplan mit der ersten Definition des Faches eingeführt.<sup>17</sup> 1962 wird zwischen Saueremann, dem damals noch sogenannten

8 Vgl. Grammes et. al. S. 482f.

9 Vgl. ebd., S. 477 und 483f.

10 Vgl. ebd., S. 471.

11 Vgl. Jehle und Grammes et. al., S. 52f. und 471.

12 Vgl. Grammes et. al., S. 52f.

13 Vgl. ebd., S. 52f. Kämpferische (oder wehrhafte) Demokratie ist ein Begriff der unter anderem von Karl Loewenstein geprägt worden ist und eine Demokratie bezeichnet, welche Feinde der Demokratie nicht aufgrund der Grundsätze der Demokratie (wie beispielsweise Meinungsfreiheit) zulässt, sondern bekämpft. Die Idee der wehrhaften Demokratie wurde formuliert als Reaktion auf die Entstehung des Dritten Reichs, welche mit demokratischen Mitteln die Macht ergreifen konnte und die Demokratie ersetzte, da diese sich nicht gegen anti-demokratische Züge in ihrem Innern verteidigt hätte. Vgl. Loewenstein I und II.

14 Vgl. Jehle und Grammes et. al., S. 54-56.

15 Vgl. Grammes et. al., S. 56f.

16 Insbesondere war laut Diecke der Inhalt unwissenschaftlich und unmarxistisch formuliert, dafür dem Fach „als die Krönung aller Unterrichtsfächer“ zu viel Bedeutung eingeräumt. Ebenso war der Inhalt nicht genügend für den Unterricht aufbereitet worden. Vgl. ebd., S. 59 und 63f.

17 Laut dieser sollen die Schüler die „wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse“ studieren, die vom

„Staatsbürgerkudepapst“ der DDR,<sup>18</sup> und Neuner, dem Direktor des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts (DPZI), eine Deutungshoheit über „Problemunterricht“, heutzutage würde dieser wohl als Diskussionsunterricht bezeichnet werden, ausgetragen. Während Sauer mann davon ausgeht, dass einige Schüler eben noch nicht von der DDR begeistert sind und für diese eingenommen werden müssen, sah Neuner in ihnen überzeugte Anhänger, denen er nur ideologische Grundlagen vermitteln müsse. Sauer mann unterliegt in der Diskussion, unter anderem weil Neuner dessen kritischen Beitrag zensieren lässt und verlässt den Bildungsbereich.<sup>19</sup>

1964 wird deswegen die Ausrichtung auf den Marxismus-Leninismus konkretisiert.<sup>20</sup>

In den 1980ern wurde schließlich klar, dass Kritik an der DDR nicht nur aus dem Ausland oder von ehemaligen Nazis stammen konnte. Deswegen wurde die Staatsbürgerkunde das erste Mal vom Regierungsapparat als Reflexionsfach wahrgenommen, in dem sich die DDR begründen musste.<sup>21</sup> Aufgrund der bereits angesprochenen ideologischen Vorgaben hatte dies jedoch nur mäßigen Erfolg.<sup>22</sup>

### **Literatur:**

Grammes, Tilman; Schluß, Henning; Vogler, Hans-Joachim: Staatsbürgerkunde in der DDR. Ein Dokumentenband, Berlin 2006.

Jehle, May: Staatsbürgerkunde – "Schlüselfach" der politischen Erziehung in der DDR? In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APUZ) 13-14 2018;

<http://www.bpb.de/apuz/266582/staatsbuergerkunde-schluesselfach-der-politischen-erziehung-in-der-ddr?p=all#fr-footnode16> (Zugriff am 04.02.2019).

Loewenstein, Karl: Militant Democracy and Fundamental Rights. I, in: American Political Science Review 31 (03) 1937, S. 417-432.

Loewenstein, Karl: Militant Democracy and Fundamental Rights. II, in: American Political Science Review 31 (04) 1937, S. 638-658.

---

Sozialismus angenommenen Gesetzmäßigkeiten erkennen lernen und zu sozial aktiven Bürgern erzogen werden. Vgl. Grammes et. al., S. 63f.

18 Tatsächlich war es dieser Konflikt, der zum Verlust der Bezeichnung „Staatsbürgerkudepapst“ führte. Vgl. ebd., S. 253-255.

19 Vgl. ebd., S. 252-262.

20 Vgl. Jehle.

21 Vgl. Grammes et. al., S. 489.

22 Vgl. Jehle.